

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Sdbb., fl. 1. 50. Ssterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpennige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die vorige Nummer unseres Blattes ist polizeilich confiscirt worden. Dieselbe liegt in erneuter Auflage, unter Weglassung aller Stellen, welche möglicherweise die Confiscation veranlaßt haben, mit der Bezeichnung Nr. 129 a., der heutigen Nummer bei.

## Deutsche Arbeiter der social-demokratischen Partei!

Abermals hat die Berliner Polizei Euer Organ confiscirt!

Wir haben, hieran anknüpfend, ein ernstes Wort an Euch zu richten — eine Mahnung, welche zwar bei den Meisten von Euch hoffentlich überflüssig, bei Manchen aber doch vielleicht von Nutzen ist.

Ohne Zweifel ist es eine Unannehmlichkeit für Euch, wenn das Blatt, welches Ihr täglich zu erhalten gewohnt seid, welches Ihr vielfach im Kreise Eurer Familie, in Werkstätten oder auf Versammlungen vorlest — wenn dieses Blatt an irgend einem Tage nicht zu Euch gelangt.

Niemand bedauert es mehr als wir, wenn das Recht, welches Ihr durch das Abonnementgeld, durch die Hingabe schwer erarbeiteter Groschen, erworben habt, nicht regelmäßig zur Verwirklichung gelangt.

Aber bedenket, Arbeiter, daß es sich bei Altem, was unsere Partei thut und treibt, nicht um Unannehmlichkeiten und Bequemlichkeiten, sondern um ernste, tiefere Ziele handelt.

Bedeutet, daß es besser ist, dieses Blatt werde ganze Wochen hindurch von der Polizei confiscirt, als daß es auch nur ein einziges Mal schweige, wo wir reden für Pflicht halten, und daß es besser ist, Ihr entbehret Wochen lang die gewohnte geistige Nahrung, als daß auch nur ein einziges Mal Euer Organ, den uns ziemenden Stolz vergebend, von der Bahn der Pflicht und der Wahrheit, wie wir sie auffassen, sich entferne.

Die Tage, an denen Euer Organ nicht zu Euch gelangt, dürfen für Euch keine verlorenen sein.

An solchen Tagen müßet Ihr ernstlich und gewissenhaft überlegen, was vorgegangen ist.

An solchen Tagen müßet Ihr immer wieder von Neuem recht deutlich bedenken:

1) daß die Berliner Polizei Euer Organ confiscirt hat;

2) daß, was die Berliner Polizei thut, ein Ausfluß des preussischen Regierungssystems überhaupt ist; und aus diesen Thatsachen müßt Ihr die richtigen Folgerungen ziehen:

Ihr, die Ihr dem preussischen Staatsverbande angehört, müßt überlegen, wie Ihr Euch einem solchen Regierungssystem gegenüber stellen wollt;

Ihr, die Ihr im außerpreussischen Deutschland wohnt, müßt Euch vergegenwärtigen, welche Zustände Ihr zu erwarten habt, wenn der preussische Einfluß in Deutschland weiter um sich greift.

Dies, Arbeiter, sind die Gedanken, die Euch beschäftigen müssen, so oft Euer Organ ausbleibt — Ihr seid es der Partei, Ihr seid es uns schuldig — uns, der Redaction des Blattes, das Tag für Tag den schweren Kampf für Euch auf dem Gebiete des Geistes führt. —

Die Veranlassung zur gestrigen Confiscation kann, soweit sich die Anschauungsweise der Berliner Polizei bemessen läßt, vorzugsweise in zwei Artikeln gesucht werden.

Wir geben Euch statt der Artikel die nächsten Thatsachen — Ihr mögt die Schlüsselgerungen selbst ziehen.

Der eine Artikel handelte vom Gasteiner Vertrag, insbesondere Lauenburg betreffend.

Hier die Thatsachen:

Franz Joseph von Habsburg und Wilhelm von Hohenzollern sind unter Mitwirkung ihrer Minister einig geworden, daß dem König Wilhelm das Lauenburg'sche Land sammt den darauf wohnenden Menschen gegen Zahlung einer Geldsumme zufalle.

Wie Ihr diesen Vorgang beurtheilen wollt, bleibt Euch überlassen.

Im zweiten Artikel war eine Aeußerung des „Publicist“ besprochen, welches Blatt der Ansicht ist, nicht habe Preußen in Deutschland, sondern Deutschland in Preußen aufzugehen.

Was Ihr hiervon halten wollt, deutsche Arbeiter, steht bei Euch. —

## Politischer Theil. Deutschland.

\* Berlin, 29. August. [Die Commission für Arbeiter-Angelegenheiten] hielt gestern eine weitere Sitzung. Der Berichterstatter der „Berl. Ref.“ schreibt darüber:

Der Herr Regierungs-Kommissar theilt mit, daß er, da das Berathen der Protokolle sehr vertraulich

sei, Vorfrage getroffen habe, die stenographischen Berichte in möglichster Vollkommenheit abfassen zu lassen, die alsdann in Reinschrift im Bureau zur Einsicht resp. Abänderung den Mitgliedern der Commission zugänglich sein sollen. Nach Beendigung, Berichtigung und Annahme der Protokolle aus der vierten und fünften Sitzung kommen noch einige Zuschriften aus den Ortsverbänden zu Neuenburg (Westpreußen?), Ouedlinburg und Magd. (diese erregt besondere Heftigkeit), so wie von dem preussischen Handwerkerbund zu Berlin, unterzeichnet Reinhold, zur Berlesung. Letztere, ein sehr ausführliches Schriftstück, verlangt Wiederherstellung der Gewerberäthe und zwar als Central-Organ mit Uebergebung der Kommunal-Behörden, als selbständige, vom Ministerium reorganisierende Behörde. Da dieser Gegenstand der Commission nicht vorliegt, so hat das Schriftstück für diese gar kein Interesse. — Hieraus wird durch Vertagung der Frage 6 in die Tagesordnung eingetreten. Dieselbe lautet:

„Können nach Aufhebung der §§. 181 und 182 die die Vorschriften anrecht erhalten werden, welche die Verordnung vom 9. Februar 1849 in den Abschnitten II. und III. über die Prüfungspflicht der Handwerker und die Vorbereitungen zur Ablegung der Prüfungen getroffen hat?“

Herr Reg.-Kommiss.: Die in der Frage bezeichneten, den Prüfungswang ausdrückenden Gesetzesstellen concentrirten sich in der Verordnung vom 9. Februar 1849 und in gewisser Beziehung auch in dem Gesetz wegen Errichtung von Gewerberäthen, vom 15. Mai 1851. Man habe damals geglaubt, durch diese Gesetze eine gründlichere technische Bildung zu erzielen, ob diese Erwartung eingetroffen, möge vorläufig dahingestellt bleiben. Aus den Gründen, die man für oder gegen die Prüfungspflicht anzuführen habe, ergaben sich dann zugleich die Gesichtspunkte für die Abgrenzung der einzelnen Handwerke. Zunächst frage es sich, ob, nachdem der Beschluß der §§. 31 und 32, sowie 47 und 48 von der Commission beantragt sei, die Beibehaltung der Zwangspflicht überhaupt noch von Wichtigkeit sei.

(Da die Debatte bis zum Schluß der Sitzung um 3/4 Uhr noch nicht beendet war, im Uebrigen mehrere eingegangene Anträge Veranlassung zur Special-Debatte geben werden, wurde die Sitzung bis zum Mittwoch, den 30. d., vertagt. Wir berichten nach Schluß dieser Debatte über ihre Gesamtheit.)

Der Herr Handelsminister wohnte der Sitzung bei. Weiter bemerkt die „Berl. Ref.“ in Betreff der Commission:

Auf welche Weise die Social-Commission, besonders die Kurie der Arbeitnehmer, gewählt worden ist, darüber breitet sich eine sanfte Dämmerung, obwohl doch bei der Spaltung, welche sich bei den Abstimmungen zeigt, es von Wichtigkeit wäre, zu wissen, ob diese Meinungsverschiedenheiten schon aus dem Wahlmodus her zu erklären sind. In Berlin sind Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, dem Vernehmen nach, vom Magistrat in Vorschlag gebracht und vom Minister ohne Weiteres acceptirt worden, nur soll anstatt des in Vorschlag gebrachten Stadtverordneten, Vorlag bestanden sein, was der Zeit nach ungefähr mit der Ablehnung der Stadtrathscandidatur des Letzteren zusammenfällt. Wie es aber in Lande sonst vergegangen, davon sind bis jetzt nur zwei Fälle aufzuzählen. Aus Königsberg berichtet die „Pr. Litt. Ztg.“, daß der Vertreter dieser Haupt- und Residenzstadt, der „Völscher“, wie man dort die Hülfsarbeiter unethischer Weise nennt, „Bord“ von dem „Partiatischen Verein“...

glied er ist, gewählt worden sei. Hr. Wart macht denn auch dem in ihn gesetzten Vertrauen keine Schande. Und über einen zweiten Genüßigen-Genossen, dessen zarte Jugend selbst in dem Busen eines Redigirten der „Volkszeitg.“ menschliches Mähen hervorrief, schreibt die „Magdeb. Presse“ aus Quedlinburg, 25. August: Wer ist Memminger? Fast wäre eine Prämie auf Beantwortung der Frage gesetzt worden, als die auf ihren Kopsack und Ritter stolze Stadt den Namen las, der betreten schien, sich neben diese berühmten Quedlinburger zu stellen. Niemand hatte je etwas von dem „jung, jung Zimmergesell“ Memminger gehört, der nicht bloß mit dem Mandat beehrt ist, eine Stadt, einen Stand, ein Gewerk zu vertreten, sondern der das auch bei den ersten Worten mit solchem Aplomb thut, daß seine Rede in Parenthese mit „Sensation“ ausgezeichnet wird. Und er trägt man, daß diese Rede im Herrenbanke gesprochen war, daß der Redner durch das Vertrauen des Ministers berufen war, sein Bortum als Superarbitrium über eine vom Abgeordnetenbanke discutierte Frage abzugeben, so war wohl nichts mehr gerechtfertigt, als die Frage: Wer ist Memminger! Doch so Viele man fragte, sie blieben die Antwort schuldig; die Bürger wußten's nicht, auch nicht die Gewerksmeister, auch nicht der Magistrat. Wer sollte es aber denn wissen? Der Herr Oberlehrer Pfau wußte es endlich, der Stimmführer der Reaction in unserer guten Stadt, der Vortreiber der Ortsverbänderung, die auch hier das Stüchchen Junzops vertritt, das noch in stillem Winkel begehrt wird. Dem Herrn Landrath Stielow ist es vorbehalten gewesen, den Gesellen aus seinem dunklen Versteck hervorzuholen, indem er vom Oberpräsidenten beauftragt war, ein würdiges Mitglied für die Social-Commission aufzutreiben und sich dieses Auftrages bei dem Oberlehrer Pfau entledigte. Warum gerade bei dem Pfau, warum mit Umgehung der Gewerke und des Magistrats, warum ohne Wahl und Qual? Weil sonst die Welt nicht erfahren hätte, wer Memminger ist, und jetzt weiß sie nicht bloß das, sie weiß auch, wie die Social-Commission zusammengesetzt und entstanden ist, auf deren Berufung der Herr Minister Graf Henckell im Abgeordnetenbanke so großen Werth legte.

**Wien, 26. August.** [Zur Lage in Oesterreich.] Die Stellung Mendendorff's soll erträglich sein; er wünscht angeblich selber keine Entbehrung vom Amte. Graf Plome wird als Nachfolger bezeichnet. — Das Wort Staatsbankrott taucht wieder in den Zeitungen auf.

**Köln, 28. August.** [Zum preussischen Verfassungszustand.] In der heutigen Generalversammlung der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft wurden der Vertrag mit der Staatsregierung, sowie die durch denselben notwendigen Aenderungen des Gesellschaftsstatuts einstimmig genehmigt. Auf ergangene Anfrage erklärte der Regierungskommissar, daß der Vertrag nach Genehmigung durch den König perfect sei.

Die „Nationalzeitung“ hatte in Hinblick auf diese Generalversammlung, als dieselbe erst in Aussicht stand, Folgendes geschrieben:

Das preussische Bürgerthum ist liberal; wir sind durch die Wahlen davon überzeugt und zählen auf alle Schichten des Bürgerthums, die Begüterten voran, welche in der ersten Wahlklasse wiederholt von ihrer Treue gegen die Verfassung Zeugniß abgelegt haben. Jetzt gilt es, für eine große Anzahl dieser Klasse die Genüßung in einer kostspieligeren Weise zu bewähren, als durch den Stimmzettel. Der von der Regierung mit der Direction der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft vereinbarte Vertrag erregt vielfache Bedenken in Bezug auf die Verfassung und unter finanzielles Staatsrecht. Die Regierung hat eine Verhandlung am Landtage nicht vorbehalten und aus dem Inhalte des entworfenen Vertrages muß man annehmen, daß sie das Recht zu haben glaubt, die Sache auf eigene Hand abzumachen. Glücklicher Weise muß nach feststehenden Rechtsregeln die Verwaltung der Eisenbahn-Gesellschaft ihr Volk um seine Meinung befragen. Die Aktionäre werden in den nächsten Tagen zu einer Generalversammlung zusammenzutreten und über die Annahme des Vertrages eine für jene Seite entscheidende Stimme abgeben; sie werden zu zeigen haben, wie sie die Pflichten eines verfassungstreuen Volkes auffassen, und ob sie den Pflichten nachzusehen verziehen. Es bleibe unerwogen, auf welche Seite der größere Vortheil des Vertrages hinneige. Ist günstiger die geschäftliche Seite für die Aktionäre, um so glänzender das Zeugniß ihrer Loyalität, wenn sie aus Bedenken des öffentlichen Rechtes den Vortheil ablehnen oder einschränken zurückweisen. Glaube keiner dem Urtheil zu entgehen, wenn er an dem rechten Probestein sich nicht bemüht. In den finanziellen Kreisen ist man gewiegt genug, um die Wichtigkeit und das innere Wesen des Vertrages zu verstehen; in der Presse, welche die Interesse der Börse und des großen Kapitals vertritt, haben wir keine Stimme

vernommen, welche nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages zum Vertrage für notwendig gehalten hätte. So muß man denn annehmen, daß die nicht durch Eigennutz getriebene Meinung der Geschäftswelt ungeteilt ist. Danach ist das Verhalten der Aktionäre distict: weder der eigene Nutzen, noch der Nutzen der Staatskasse ist in Betracht zu ziehen, sondern über beiden steht das Gebot der Verfassung, welches in jeder Lebenssphäre zu beobachten ist.

Was sagt jetzt die gute „Nationalzeitung“ zu ihren patriotischen Geldjäger? — Mehr noch aber, als die Abstimmung, interessirt uns die Erklärung des Regierungskommissars, nach Genehmigung des Vertrags durch den König sei der Vertrag endgültig zu Recht bestehend.

**Königsberg, 27. August.** [Zum preussischen Regierungssystem.] Gegen den Bescheid des königl. Polizei-Präsidentiums dahier auf eine Beschwerde des Dr. Falkson wegen Auflösung der am 27. Juli zur Besprechung der Kölner Angelegenheit hier selbst berufenen Versammlung hatte derselbe weitere Beschwerde erhoben. Die R. V. Z. theilt nunmehr den Bescheid der königl. Regierung auf diese weitere Beschwerde des Dr. Falkson, wie folgt, mit:

Auf die Eingabe vom 6. hujus eröffnen wir Ew. Wohlgeboren, daß wir den nächstfolgenden Bescheid des königl. Polizei-Präsidentiums vom 21. hujus für vollkommen begründet erachten müssen, da der von Ihnen für die Erörterung der politischen Versammlung am 27ten Juli c. gestellte Antrag eine Billigung des ganzen Verhaltens des sogenannten Kölner Festcomités, welches notorisch einen Widerstand gegen die Anordnungen der Obrigkeit involvirte, beabsichtigte und damit jener Antrag nach unserer Auffassung den Inhalt des §. 87 des Strafgesetzbuchs nach seinen beiden Richtungen hin ausmachte. Königsberg, den 15. August 1865. Königl. Regierung, Abtheilung des Inneren. Schröder.

Dr. Job. Jacoby hat am 26. August dahier seine sechsmonatliche Gefängnißstrafe angetreten. — Gestern hat der Abgeordnete Freygel die gegen ihn erkannte zweimonatliche Gefängnißstrafe zu Ende verbüßt.

**Hamburg, 28. August.** [Die Habsburg-Hohenzollern'schen Herzogthümer betreffend.] Wie die „Hamburger Nachrichten“ mittheilen, ist der neue Civil- und Militär-Gouverneur von Schleswig, Generalleutnant v. Mantouffel, gestern Nachmittag hier eingetroffen, hat die hiesigen höchsten Behörden besucht und wird heute nach Kiel weiterreisen. Bis zum 15. September wird General v. Mantouffel den Oberbefehl über die preussischen und österreichischen Truppen in beiden Herzogthümern übernehmen.

**Wiesbaden, 28. August.** [Parlamentarisches.] In der ersten Kammer sind folgende Anträge gestellt worden: auf Wiederherstellung der Verfassung, Freieilung der Presse von den Bundesordnungen und Freiheit des Grundeigentums vom Jagdrecht. Auch mit den Legimationsprüfungen der erblichen Mitglieder und ihrer Stellvertreter nimmt man es nicht mehr so leicht. — Die Hoffnung auf „Versöhnung“ ist wieder einmal glücklich geschwunden. Wie vieler Enttäuschungen wird es noch bedürfen, bis die Herren Liberalen solche einseitigen Hoffnungen überhaupt nirgends mehr fassen? Wann wird man einmal einsehen, daß ein Militär- oder Polizeistaat niemals in Wirklichkeit liberal sein, sondern höchstens eine zeitweilige liberale Komödie aufführen kann?

**Burg, 28. August.** [Zum Coalitionsprozeß] benötigt es sich, daß die Staatsanwaltschaft gegen die beiden freisprechenden Urtheile Berufung eingelegt. Wir hatten hiervon bis jetzt nichts gemeldet, weil wir es kaum für möglich gehalten hatten.

**Ausland.**

**H. Paris, 27. Aug.** [Der Congreß der „internationalen Arbeiter-Association“ vertagt. Arbeitseinstellungen und Getreidepreise.] Die hiesigen und die englischen Arbeiter haben schließlich eingesehen, wie gesabrooll für die sich daran Betheiligenden die Besichtigung eines internationalen Arbeiter-Congresses wäre, den einige weit vom Schusse sitzende Demagogen organisiren wollten, um sich wieder ein Relief zu geben, das ihnen längst abhanden gekommen. Aus glei-

chem Grunde, wie der Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein, der durch seine Personalkenntnisse in der Lage war, die Motive der „internationalen Arbeiter-Association“ früher zu durchschauen, wollen auch die hiesigen Arbeiter sich nicht dazu hergeben, den radicalen Bourgeois die Kaskanen aus dem Feuer zu holen und einigen ehrgeizigen Intriguanen zu Liebe Vereinspielerei zu treiben. Es ist daher beschloffen worden, daß der „Arbeiter-Congreß“, der dieses Jahr bekanntlich in Brüssel abgehalten werden sollte, zu vertagen sei. Das Central-Comité in London, in welchem auch ehrliche, aber von den ehrgeizigen Intriguanen beeinflusste Arbeiterfreunde sich befinden, giebt als Grund der Vertagung an: 1) das Central-Comité habe die Nothwendigkeit eingesehen, dem Congreß „Conferenzen“ der verschiedenen nationalen Comités vorhergehen zu lassen, um sich über die zu ergreifenden Maßregeln zu verständigen und das Programm (!) eines Congresses festzustellen; 2) die englische Agitation für die Wahlreform, die Wahlagitation selbst und die französischen Grèves hätten das „Reisen“ der Association verzögert; 3) so lange das nennlich in Belgien erlassene Fremden-gesetz nicht wieder aufgehoben sei, glaube man von der Zusammenkunft eines Congresses in diesem Lande Abstand nehmen zu müssen. Der letztgenannte Grund läßt leicht die wahre Ursache der „Vertagung“ durchblicken. Man dürfte sich natürlich kein offenes Demüthigen geben und die Gefährlichkeit des Projectes ehrlieh eingestehen. Es versteht sich aber von selbst, daß man über dasselbe, wenigstens von Seiten der Arbeiter, zur Tagesordnung übergeht und es den nationalen Comités überläßt zu „conferiren“ und die internationale Association zur „Reise“ zu bringen. — Was die hiesigen Arbeitseinstellungen betrifft, so haben die Steindrucker, die übrigens zum Theil noch feiern, schon in vielen lithographischen Etablissements, namentlich in solchen, die sich nicht bloß mit der Herausgabe von Anzeigenständen, sondern auch von Schriftstücken für Handel und Industrie befassen, — also bei Weitem die große Mehrzahl derselben — bereits die verlangte Lohnhöhung von den Patronen bewilligt bekommen; und man zweifelt nicht daran, daß auch die Andern nachfolgen werden. Alle die schönen Rathschläge der officiösen, so wie der Bourgeois-Presse prallen ab an der Nothwendigkeit, in welcher sich die Arbeiter befinden, ihren Lohn wenigstens auf das Niveau zu erheben, das von ihrer Existenz bedingt wird. Mit Ausnahme des Brodes sind alle Lebensbedürfnisse, namentlich auch die Miete der Wohnungen, im Preise so gestiegen, daß ihre Beschaffung der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr möglich war. Jetzt kommt noch hinzu, daß auch die Brodpreise steigen werden. Die Getreidernte hat dieses Jahr in Frankreich und in ganz Europa weniger als in den mittleren Jahren ergeben. Auch die Qualität ist wegen der zur Erntezeit stattgehabten heftigen Bitterung eine untergeordnete. Diejenigen Provinzen, welche, wie die Normandie und die Bretagne, eine passable Ernte hatten, werden viel Getreide nach England exportiren. Bei den großen Vorräthen, die noch aus früheren Jahren vorhanden sind, ist zwar keine ungewöhnliche Preis-erhöhung zu erwarten, aber da in fast ganz Europa keine so billige oder wenigstens keine billigeren Getreidepreise, als in Frankreich existiren, so wird der Freihandel dieses Jahr dem französischen Getreide zu Gute kommen. Was aber der Producent und der Getreidehändler eine „Vesserung“ des Preises nennt, ist für den consumirenden Arbeiter nichts weniger, als eine Vesserung seiner Lage. Der Arbeiter ist gezwungen, sich für den Winter vorzusehen, damit sein Lohn ihm wenigstens die unentbehrlichsten Lebensmittel verschaffen kann. Unter ähnlichen Umständen sind von jeder die Löhne in die Höhe gegangen. Der einzige Unterschied ist, daß sonst die Lohnhöhung eine Folge des Glendes und der Sterblichkeit unter der arbeitenden Classe war, während die Arbeiter jetzt Bewußtsein und Voraussicht genug haben, diesem Glende durch die verlangte Lohnhöhung zuvor zu kommen.

**Paris, 27. Aug.** [Tagesbericht.] Die Presse über Gastein. Der Kaiser hat in Fontainebleau heute Abd-el-Kader eine Abschieds-Audienz ertheilt. Der Emir geht über Amboise